


Engagement braucht Infrastruktur!

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Orientierung an den Potenzialen älterer Menschen – nicht an zugeschriebenen Defiziten – birgt unendlich viele Möglichkeiten für jede/n Einzelne/n und die Gemeinschaft. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) weist mit Nachdruck immer wieder darauf hin: es geht um Teilhabe und Mitwirkung, also um selbstbestimmtes Handeln aus Eigenverantwortung und nicht um die „Indienstnahme“ der Älteren. Wenn auch langsam ein Umdenken stattfindet, zu dem auch die Seniorenbüros ihren Teil beigetragen haben, sind wir von einem allgemeinen Bewusstseinswandel immer noch ein Stück entfernt. Deshalb widmet sich die zweite Ausgabe unserer *BaSimpulse* einem „Dauerbrenner“ in der Arbeit der Seniorenbüros. Warum ist es so wichtig, dass es diese lokalen Anlauf- und Vernetzungspunkte für das bürgerschaftliche Engagement, nicht nur von Älteren, gibt? Und wie können unsere Einrichtungen endlich verlässlich finanziert werden? Diesen Fragen wollen wir nachgehen und mögliche Antworten aufzeigen. Die Seniorenbüros sind es gewohnt, sich immer wieder neu den Herausforderungen zu stellen. Wir brauchen aber auch zuverlässige Partner in Politik, Verwaltung, Stiftungen und Unternehmen, die unsere Arbeit nachhaltig unterstützen.

Herzlich

Ihr 

Franz-Ludwig Blömker, Vorsitzender der BaS



Gerhard Frassa / pixelio.de

Hohes Engagement der Älteren

Die gute Nachricht lautet: Seniorinnen und Senioren bringen sich immer stärker durch gemeinschaftliche Aktivitäten in die Zivilgesellschaft ein!

Sie sorgen mit dafür, dass der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in der Bevölkerung mit rund 36 % insgesamt stabil bleibt und gleichen sogar Rückgänge in anderen Altersgruppen tendenziell aus. Dies hat der im Auftrag der Bundesregierung im Abstand von fünf Jahren durchgeführte Freiwilligensurvey wiederholt gezeigt, zuletzt in der Erhebung von 2009. Im Alter von über 65 Jahren entwickelte sich die Engagementquote von 23 % in 1999 auf 26 % in 2004 und in 2009 auf immerhin 28 %. Zwischen 1999 und 2004 stieg die Engagementquote insbesondere bei den 60-69jährigen, zwischen 2004 und 2009 bei den über 70jährigen. Das Engagement der bis zu 75jährigen liegt bei beachtlichen 29 % (alle Zahlen *Freiwilligensurvey 2009*).

Dies zeigt: viele ältere Menschen sind selbstverständlich willens und in der Lage, sich für unterschiedlichste Belange eigenaktiv und kompetent einzusetzen. Sie leisten damit quantitativ und qualitativ einen wichtigen Beitrag zur Wahrung von sozialem Zusammenhalt im Gemeinwesen. Dies ist ebenfalls ein Gegenbeweis zu nach wie vor existierenden Klischees über die Lebenswirklichkeit älterer Menschen.

Dieses Engagement geschieht aber nicht voraussetzungslos. Gute Rahmenbedingungen tragen dazu bei, es überhaupt erst zu ermöglichen, es fachlich zu begleiten und somit dauerhaft zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang wird auch das sogenannte Engagementpotenzial diskutiert, in der Annahme, dass bei vorliegender grundsätzlicher Bereitschaft zum Engagement Menschen durch richtige Ansprache, Information und Begleitung zusätzlich aktiviert werden können.

Unterstützung notwendig

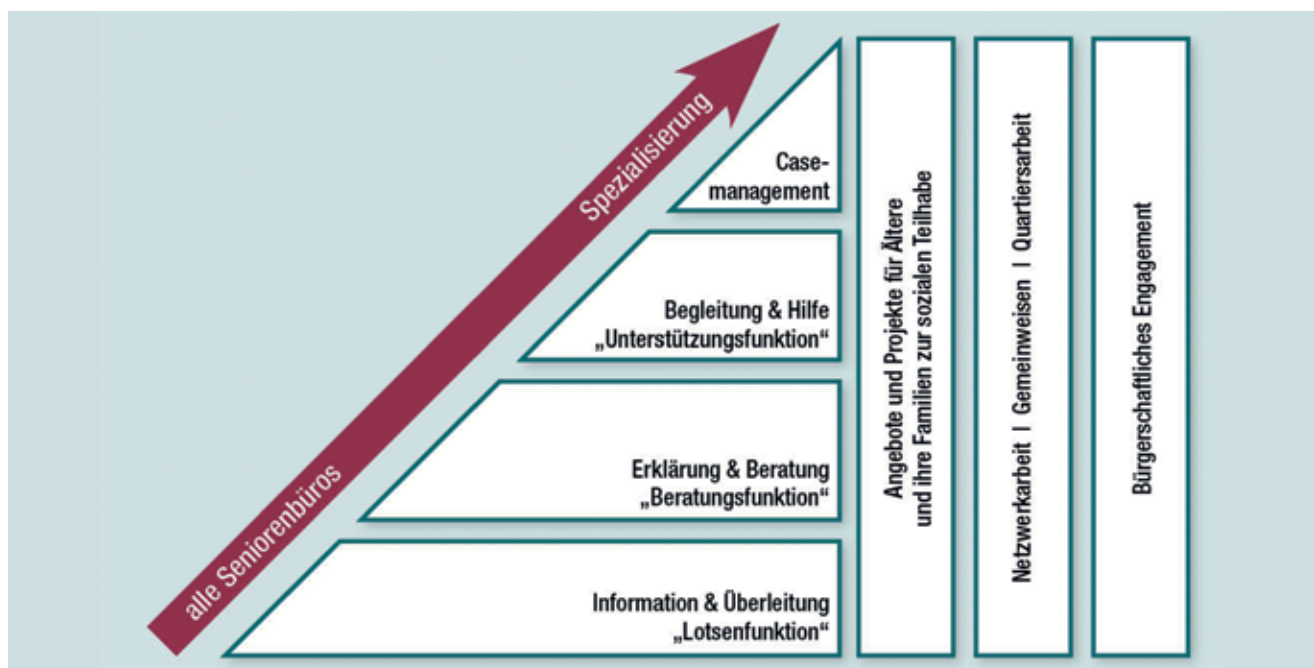
Gleichzeitig ist nämlich auch ein weiterer Befund auffällig. An der Spitze der von allen Aktiven genannten Wünsche hält sich beharrlich die Forderung nach besserer Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. Konstant über 50 % der Befragten sehen hier einen Veränderungsbedarf. Sie weisen damit auf ein Defizit hin, welches auch von Fachleuten immer wieder benannt wird.

Gemeint sind u. a. lokale Kontakt- und Beratungsstellen, wie die rund 300 Seniorenbüros in Deutschland. Seniorenbüros agieren vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den Kommunen als Kompetenzzentren und Impulsgeber für eine innovative Senioren- und Gemeinwesenarbeit sowie Engagementförderung. Die besondere Bedeutung der

Seniorenbüros liegt in ihrer Expertise für die speziellen Lebenslagen älterer Menschen. Sie unterstützen das soziale und generationsübergreifende Miteinander und die selbstbestimmte Lebensführung älterer Menschen. In ihren Projekten und Angeboten berücksichtigen sie die unterschiedlichen Lebenslagen von Menschen nach Abschluss der Berufs- und Familienphase und begleiten sie bis ins hohe Alter. Mit dem Ziel Ältere und deren Familien zu stärken, übernehmen sie (siehe Schaubild) je nach Spezialisierungsgrad Lotsen-, Beratungs- und Unterstützungsfunktionen. Einige führen bei Bedarf auch Case-Management durch. Auch diese Leistungen werden mit Angeboten bürgerschaftlichen Engagements, wie z. B. Besuchsdiensten verknüpft.

Seniorenbüros leisten in diesem Zusammenhang auch Öffentlichkeitsarbeit, Information, Beratung und Vermittlung von älteren Menschen, die an freiwilligem Engagement interessiert sind. Sie beraten zudem Organisationen bei der Begleitung von Engagierten und entwickeln passende Qualifizierungsangebote. Weitere Aufgaben sind die Kooperation und Vernetzung mit Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Kommunen. Kommunale Büros sind auch in der Altenhilfeplanung tätig.

Seniorenbüros leisten damit insgesamt einen wesentlichen Beitrag zur sozialen Teilhabe im Alter.



Quelle: LAS-NRW

Neben Seniorenbüros arbeiten weitere engagamentfördernde Infrastruktureinrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen oder auch Mehrgenerationenhäuser und Bürgerstiftungen – mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung – daran, das lokale Engagement zu unterstützen. Vor Ort gibt es, sofern mehrere dieser Einrichtungen tätig sind, vielfältige Kooperationen, aber auch abgegrenzte Tätigkeitsfelder, was zur Angebotsvielfalt in der Zivilgesellschaft beiträgt.

Auch diese in den letzten Jahrzehnten entstandenen professionellen Beratungseinrichtungen sind im Idealfall Knotenpunkte des Engagements im lokalen Raum und verstehen sich – mit je eigenem Profil und Arbeitsansatz – als Entwicklungsagenturen für Selbstorganisation, Begegnung, Austausch, Mitgestaltung und Partizipation. Als verbandsoffene und trägerübergreifende Anlaufpunkte sind sie in der Lage, diese wichtigen Aufgaben und Prozesse vor Ort zu moderieren und voranzutreiben. Dies setzt jedoch voraus, dass sie sich qualitativ kontinuierlich weiter entwickeln. Dazu ist die fachliche Vernetzung in übergreifenden Verbänden, in spezifischen Landesarbeitsgemeinschaften und natürlich in den eigenen Fachverbänden auf Bundesebene hilfreich und notwendig.

Allen Einrichtungstypen ist jedoch auch gemeinsam: Sie haben oftmals Probleme, ihre inzwischen allgemein als wichtig anerkannte Arbeit nachhaltig bzw. auskömmlich zu finanzieren. Auf lokaler Ebene fällt es oftmals schwer, die Anlaufstellen, die aus zeitlich befristeten Modellprogrammen entstanden sind, längerfristig und verlässlich abzusichern. Aber nur, wenn die Einrichtungen durch eine angemessene Ausstattung dazu in die Lage versetzt werden, können sie dieses anspruchsvolle Aufgabenspektrum auch tatsächlich abdecken.

Finanzierung unklar

Seniorenbüros haben sich seit Beginn der 1990er Jahre entwickelt. Ursprünglich in einem Bundesmodellprogramm als reine Anlaufstellen für die Engagementförderung älterer Menschen konzipiert, ist das Spektrum der Aktivitäten entsprechend der zunehmend notwendigen Unterstützung der selbstständigen Lebens-

führung bis ins hohe Alter breiter geworden. Die überwiegende Anzahl der Seniorenbüros befindet sich in kommunaler Trägerschaft und damit in einem relativ gesicherten Status. Ihre Situation ist von einem Dilemma gekennzeichnet: zum einen erlangt ihre Arbeit mit Blick auf die Zunahme der Bedarfs- und Problemlagen und auch der Versorgungskosten im Alter eine gesteigerte Bedeutung (Erhaltung der selbstständigen Lebensführung und Daseinsvorsorge). Zum anderen sind viele Kommunen finanziell so „ausgeblutet“, dass die Seniorenbüros bei jeder Haushaltsberatung – wie andere freiwilligen Dienstleistungen auch – auf dem Prüfstand stehen. Gerade freie und verbandlich getragene Seniorenbüros hangeln sich oft von einer Projektförderung zur nächsten, sodass Kontinuität und fachliche Qualität nur schwer umsetzbar sind. So „beißt sich die Katze in den Schwanz“: Die Anforderungen werden immer wieder erweitert, ohne dass die Ressourcen entsprechend aufgestockt werden. Nach Auffassung der Dachverbände wie der BaS ist die Finanzierung der Seniorenbüros primär Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und gehört, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, in den Katalog der Pflichtaufgaben. Denn vor Ort findet das Engagement der (älteren) Menschen statt und braucht demzufolge auch dort angemessene Rahmenbedingungen, inklusive gut arbeitender Anlaufstellen. Allerdings kann diese Aufgabe nicht von den Kommunen allein geschultert werden.



„Bei der lokalen Engagementförderung sind vor allem Kommunen gefragt. Doch dürfen diese angesichts der Haushaltssituation und der Aufgabenüberlastung nicht allein gelassen werden. Gebraucht werden die Unterstützung durch die Länder, vor allem aber durch die Bundesregierung. Die Bundesförderung darf sich jedoch nicht in standardisierten Instrumenten erschöpfen. Ziel sollte es sein, die Kommunen in die Lage zu versetzen, in Kooperation mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort ihre eigene engagementpolitische Agenda zu entwickeln und umzusetzen.“

(Prof. Dr. Gisela Jakob, Hochschule Darmstadt)

Vom Projekt zur Infrastruktur

Wie soll nun aber dieses Problem gelöst werden? Die Kommunen verfügen, jedenfalls zu einem erheblichen Teil, nicht über die entsprechenden Mittel. Bund und Länder berufen sich auf ihre Nichtzuständigkeit. Insbesondere die Bundesebene ist rein rechtlich derzeit nicht in der Lage, die an sich notwendigen Mittel außerhalb von Modellförderungen in den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Dem steht das so genannte Kooperationsverbot entgegen, welches im Zuge der Föderalismusreform 2006, eigentlich für den Bildungsbereich gedacht, im Grundgesetz verankert wurde. Es verbietet dem Bund direkte Hilfen in den Bereichen, wo eine alleinige Zuständigkeit der Länder besteht bzw. es sich um „freiwillige Leistungen“ handelt. Prinzipiell könnte dies auch wieder geändert werden, dafür wäre jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages und die Zustimmung der Länder nötig. Bisherige Anläufe einer Einigung sind allerdings, obwohl von allen Seiten eigentlich als sinnvoll angesehen, gescheitert. Bei einer möglichen erneuten Initiative zur Aufhebung des Kooperationsverbotes wäre der Bereich der Engagementförderung aber unbedingt mit zu bedenken, wie es auch das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement fordert. Bundesregierung und Bundesländer brauchen den gemeinsamen politischen Willen, die Kommunen bei der dauerhaften Absicherung der lokalen Infrastruktur zu unterstützen.

Immerhin, es scheint ein Umdenken stattzufinden. Anfang 2013 haben einige maßgebliche Stiftungen, die in der Engagementförderung aktiv sind, zusammen mit dem zuständigen Bundesfamilienministerium ein Memorandum unterzeichnet, in dem sie sich für neue Formen der Infrastrukturförderung aussprechen. Dort heißt es: „Den besonders großen

Potenzialen bürgerschaftlichen Engagements nach dem Ende der Berufstätigkeit soll eine besondere Aufmerksamkeit gelten“. Und weiter: „Die Unterzeichner betrachten die Projektförderung nur als ein Instrument neben anderen und suchen den Dialog über eine konzertierte und strukturelle Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“. Als besonders wichtiges Handlungsfeld wird die Entwicklung der lokalen Infrastruktur für das bürgerschaftliche Engagement erkannt. Ziel könnte ein gemeinsam aufgelegter Fonds der privaten und öffentlichen Partner sein, der die wichtigen Knotenpunkte der Engagementförderung, wie die Seniorenbüros, mitfinanziert hilft.

Es bedarf jedenfalls einer konzertierten Anstrengung, um die Herausforderung der nachhaltigen Absicherung der lokalen Infrastruktur für das Engagement zu meistern.



„Ausschließlich individualisierte, modellhafte Projektförderung ist nicht geeignet, den gesellschaftlichen Wandel ausreichend zu beeinflussen. Gleichwohl bestimmt sie noch immer die Förderstrategien der öffentlichen Hand, der Stiftungen und auch der meisten Unternehmen. Die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Bürgergesellschaft wird sich auch daran entscheiden, ob es gelingt, die vielen, großteils abhängig und prekär finanzierten „Leuchttürme“ durch nachhaltige Infrastrukturen zu ersetzen.“

(Loring Sittler, Generali Zukunftsfonds)